



Integrationsausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

19. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
– Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglichen Punkt 2 „NRW für einen identitätsgerechten Umgang mit Migranten – Abschaffung der Optionspflicht“, Antrag der Piratenfraktion in Drucksache 16/1899, von der Tagesordnung abzusetzen.	3
1 Verschiedenes	4
– Bericht von Minister Schneider (MAIS) über die Armutsflüchtlinge aus Bulgarien und Rumänien.	4
– Aussprache	6
– Mitteilungen des Vorsitzenden	10

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlagen 16/354, 16/453 und 16/645

Der Ausschuss stimmt dem im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindlichen Einzelplans 11 – Kapitel 11 060 – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Piratenfraktion sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

3 NRW für einen identitätsgerechten Umgang mit Migranten – Abschaffung der Optionspflicht 13

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1899

Von der Tagesordnung abgesetzt.

4 Pressemitteilungen über den vorübergehenden Stopp der Einbürgerungen in der Stadt Duisburg vom 30. Januar 2013 14

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/639

– Aussprache 14

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlagen 16/354, 16/453 und 16/645

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner 17. Sitzung am 12. Dezember 2012 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden mit der Maßgabe, dass die Beratungen des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgten.

Änderungsanträge der Fraktionen lägen nicht vor.

Thomas Kufen (CDU) teilt mit, seine Fraktion werde ihre Änderungsanträge in dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Simone Brand (PIRATEN) merkt an, dass ihre Fraktion keine Änderungsanträge einbringen werde. Sie sehe sehr viele gute Ansätze in dem Haushalt und werde ihm dementsprechend zustimmen.

In Kapitel 11 060 „Zuweisungen an Sonstige“ werde die Beratungsarbeit für Sinti und Roma mit 200.000 € gefördert. Im Ausblick auf die nächsten Haushalte sollte man angesichts des zu erwartenden erhöhten Stroms von Sinti und Roma und auch unter Berücksichtigung unter anderem der Antiziganismus-Studie der Universität Bielefeld zusehen, dass man diesen Etat aufstocke, um größeren Schwierigkeiten entgegenzusteuern.

Bernhard von Grünberg (SPD) begrüßt, dass die Mittel für Integration erhöht worden seien. Hinzu kämen ja noch die Mittel für andere Maßnahmen, bei denen ebenfalls Integrationsarbeit geleistet werde, zum Beispiel „Kein Kind zurücklassen!“.

Die Mittel für Sinti und Roma seien nicht nur in einem Haushaltsansatz etatisiert. Auch in anderen Fachbereichen, zum Beispiel Schule, müssten Mittel für Integrationsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Er gehe davon aus, dass im Falle von Engpässen Nachfinanzierungen möglich seien. Derzeit sei ja noch nicht quantifizierbar, welche Unterstützung die Kommunen benötigten.

Andrea Asch (GRÜNE) begrüßt ebenfalls, dass der Haushalt für Integrationsarbeit von den Sparanstrengungen, die ansonsten vorgenommen werden müssten, ausgenommen werde. Dies zeige, wie ernst die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen diesen Bereich nähmen. Hierdurch werde deutlich, dass Nordrhein-Westfalen als Zuwanderungsland eine besondere Aufgabe habe.

Dr. Joachim Stamp (FDP) sagt, seine Fraktion habe die Wandlung hin zum System der kommunalen Integrationszentren kritisiert. Diesbezüglich sehe er noch Optimierungsbedarf. Seine Fraktion werde dem Gesamthaushalt nicht zustimmen, sei aber mit der Richtung der Integrationspolitik einverstanden.

Thomas Kufen (CDU) merkt an, der Aufwuchs der Mittel stehe in einem Gegensatz zu dem Anteil der Ausführungen über Integration in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Zur Integration habe sie nämlich fast nichts gesagt. Gleichwohl stelle er nun eine Schwerpunktbildung fest, was er begrüße. Dies sollte sich aber auch in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin niederschlagen.

Der **Ausschuss** stimmt dem im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindlichen Einzelplans 11 – Kapitel 11 060 – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Piratenfraktion sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.